

1929



Mit der Verfassungsänderung von 1929 erhält der Bundespräsident starkes politisches Gewicht. Theodor Körner wird 1950 der erste sein, der, wie es die neuen Bestimmungen vorsehen, direkt vom Volk gewählt wird. Während der Wahlkampagne erinnert die Sozialistische Partei (SPÖ) an seine Vorgänger (unten).

Trotz des Verbots der Geschlechterdiskriminierung in der Verfassung und politischer Rechte sind Frauen in der Familie noch immer „Menschen zweiter Klasse“, die Ehefrau darf zum Beispiel nur mit Zustimmung des Mannes berufstätig sein, und ändern wird sich das erst 1975 (links der Protest beim Internationalen Frauentag 1929). Die politische Gleichberechtigung steht für Frauen des „bürgerlichen Lagers“ in der Regel nur auf dem Papier. Um dies zu ändern, wird 1929 die „Österreichische Frauenpartei“ gegründet. Erste Präsidentin ist die 90jährige Marianne Hainisch, die Mutter des früheren Bundespräsidenten Theodor Hainisch.



Ganz links zeigt das Plakat Karl Seitz, als Präsident der Nationalversammlung erstes Staatsoberhaupt der Republik, es folgen Michael Hainisch, Wilhelm Miklas und Karl Renner, alle drei noch nach der Verfassung von 1920 von der Bundesversammlung gewählt. Als Miklas 1929 Oberbefehlshaber des Bundesheers wird, spielt die Militärmusik den „Großen Zapfenstreich“ (unten).



Am 24. Oktober 1929 bricht der Aktienmarkt an der New Yorker Börse zusammen, das löst die bisher größte globale Finanz- und Wirtschaftskrise aus. Schon Anfang des Monats wird die international verflochtene Bodencreditanstalt (BCA) insolvent. Unter dem Druck der Regierung wird sie mit Österreichs größter Bank, der Creditanstalt (CA) fusioniert, die Haftung dafür kostet Milliarden an Steuermitteln. Die Regierung entschließt sich nicht zuletzt für die rasche Rettungsaktion, weil die BCA zu den wichtigsten Geldgebern der Heimwehren zählt.



Im Herbst 1928 fordern die Heimwehren, die Christlichsozialen und der (deutschnational-liberale) Landbund eine Verfassungsreform, die die Staatsautorität und die Stellung des Bundespräsidenten stärkt. Im Sommer 1929 erhöht sich der Druck, die Heimwehren streben bereits einen auf faschistischer Grundlage aufgebauten Ständestaat an, dazu die sofortige Ernennung einer Ausnahmeregierung mit diktatorischen Vollmachten und für Wien den Entzug der Anerkennung als Bundesland. Die Regierungsparteien wollen gleiche Kompetenzen von Nationalrat und Bundesrat, die Sozialdemokratie beharrt auf der Bedeutung des gewählten Nationalrats als zentrales demokratisches Organ. Anders als die Heimwehren sieht die Regierung aber den Zeitpunkt für einen Putsch von oben noch nicht gekommen. Sie benötigt deshalb für eine Verfassungsänderung die Zweidrittelmehrheit und muss einen Kompromiss mit der Opposition finden. Die Gegner des Parlamentarismus erreichen mit der deutlichen Verschiebung des politischen Gewichts vom Parlament zum Bundespräsidenten einen Teilerfolg (Bestellung und Entlassung der Regierung, Oberbefehl über das Bundesheer, Auflösung des Nationalrats, Notverordnungsrecht). Aber die autoritäre Wende kann noch einmal verhindert werden.